Bezugspreis: Vierteljährlich in Neuenbürg ℳ 15.45. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr sowie im sonstigen inländischen Verkehr ℳ 16.50 mit Postbestellgeld.

In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, in Neuenbürg außerdem die Austräger jederzeit entgegen.

Girokonto Nr. 24 bei der O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum im Bezirk 75 ₰, außerhalb desselben 85 ₰. Offerte und Auskunfterteilung 50 ₰.

Reklame-Zeile ℳ 2.50.

Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 4 Wochen nach Rechnungsdatum erfolgt.

Schluß d. Anzeigen-Annahme tags vorher.

Fernsprecher Nr. 4.

Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 249. | Neuenbürg, Donnerstag, den 27. Oktober 1921. | 79. Jahrgang.

Das Unrecht in Oberschlesien.

Der deutsche Verlust.

Bekanntlich widerspricht die Entscheidung des Völkerbundes und der Botschafterkonferenz dem Versailler Vertrag; daß sie darüber hinaus auch dem Ergebnis der Abstimmung und jeder möglichen Interpretation desselben widerspricht, geht schon daraus hervor, daß in den an Polen fallenden Gebieten von der 1 950 000 betragenden Einwohnerzahl des gesamten Abstimmungsgebietes 965 000 Oberschlesier wohnen, das sind also beinahe 50 Prozent der Gesamtbevölkerung; die Abstimmung aber hatte rund 60 Prozent der Stimmen für Deutschland und kaum 40 Prozent für Polen ergeben. (707 393 deutsche, 479 365 polnische Stimmen.) Das abzutretende Gebiet hat in Summa 281 192 polnische und 220 963 deutsche Stimmen ergeben; somit waren auch in diesen Gebieten im Ganzen die Polen nur in einer sehr schwachen Mehrheit vorhanden, was um so mehr ins Gewicht fällt, als gerade diese Gebiete unter der ganzen Wucht des von den Franzosen begünstigten polnischen Terrors gestanden hatten. Was die einzelnen Industriezentren des nun abzutretenden Gebietes angeht, so hatte der Stadtkreis Kattowitz 22 774 deutsche und nur 3900 polnische Stimmen aufgebracht, der Landkreis Kattowitz die nur schwache polnische Mehrheit von 66 119 gegen 52 892 deutsche Stimmen. Im Stadtkreis Königshütte war die deutsche Mehrheit 31 864 deutsche gegen 10 764 polnische Stimmen. In keinem Bezirk des ganzen Abstimmungsgebietes, in keiner Gemeinde des abzutretenden Gebietes ist trotz Korfantty die polnische Mehrheit annähernd so stark gewesen wie die deutsche in Königshütte. Der ebenfalls abzutretende Teil des Kreises Lublinitz besaß eine deutsche Mehrheit von 10 096 gegen 2001 polnische Stimmen, die polnischen Hochburgen Pleß und Rybnik hatten trotz des Terrors noch immer sehr große deutsche Minderheiten: 53 378 polnische gegen 18 675 deutsche Stimmen, bezw. 49 948 polnische gegen 25 616 deutsche Stimmen.

Die Bedeutung der abzutretenden Gebiete geht unmittelbar daraus hervor, daß ihre Bodenfläche nur 30 Prozent des gesamten Abstimmungsgebietes, ihre Bevölkerungszahl aber nahezu 50 Prozent der Bevölkerungszahl Oberschlesiens umfaßt. Es handelt sich also gerade um die dichtest besiedelten Gebiete, die dem Brennpunkt des Industriegebietes naheliegen.

Die industriellen Verluste sind dementsprechend. Von 61 Steinkohlengruben fallen 49½ an Polen, während nur 11½ deutsch bleiben. Von den vier staatlichen Kohlenzechen werden die drei bedeutendsten polnisch. Von den Bergrevieren bleiben deutsch nur Nord-Gleiwitz, Teile von Süd-Gleiwitz, Süd-Beuthen, Ost-Beuthen und Tarnowitz. Die Gesamt-Kohlenförderung Oberschlesiens belief sich im Jahre 1920 auf 31 750 000 Tonnen; nach der Teilungslinie wird künftighin, vorausgesetzt, daß die Förderziffer aufrecht erhalten werden kann, auf polnischer Seite 77,5 Prozent (24 600 000 Tonnen), auf deutscher 22,5 Prozent (7 140 000 Tonnen) gefördert werden. Von den monatlichen 1 100 000 Tonnen Steinkohlen, die Deutschland bisher aus Oberschlesien bezog, bleiben künftig nunmehr 370 000 Tonnen, während monatlich 730 000 Tonnen aus dem abgetretenen Gebiet oder aus anderen Ländern eingeführt werden müssen. Die künftig an Polen fallende Steinkohlenförderung Oberschlesiens erreicht fast jene Mengen, die wir gemäß dem Abkommen von Spa an die Entente zu liefern haben. Vom oberschlesischen Gesamtkohlenvorkommen, soweit es bis 1000 Meter ansteht, und mit den bisherigen Mitteln zu fördern ist, verbleiben uns noch keine 10 Prozent, nämlich 5,5 Milliarden Tonnen von rund 60 Milliarden. Man rechne dazu, daß Polen schon den größten Teil des Teschener und das reiche westgaliizische Kohlenrevier von Dombrowa besitzt, ohne bisher eine Ausbeute dieser Schächte erreicht zu haben. Von den uns verbleibenden 5,5 Milliarden Tonnen des Gesamtvorkommens ist die größte Hälfte vorläufig nicht greifbar, da sie im Wasserschutzgebiet liegt. Mit einem Wort, Deutschland verliert beinahe das ganze oberschlesische Kohlenvorkommen, da gerade die westlicher liegenden Gruben in ihrer Ausbeutung sehr weit vorgeschritten sind. Dem gegenüber hilft es wenig, daß die oberschlesische Koksindustrie zur Hälfte deutsch bleibt; denn sie ist im wesentlichen vom abgetrennten Gebiet abhängig, da die zur Verkoblung geeigneten Kohlensorten dort gefördert werden. Von den vier oberschlesischen Brikettfabriken liegen drei auf dem abzutretenden Gebiet.

Die Eisenerzgruben Oberschlesiens, deren Gesamterzeugung 61 000 Tonnen im Jahre beträgt, fallen sämtlich an Polen. Von den acht Hochöfenwerken mit ihren 37 Hochöfen bleiben nur drei Werke mit 15 Hochöfen deutsch, von der Roheisenjahresproduktion, die im Jahre 1920 576 000 Tonnen betrug, verlieren wir rund 400 000 Tonnen. Von 18 Stahl- und Walzwerken werden neun polnisch, darunter die Bismarck-, Königs- und Laurahütte. Von 25 Eisen- und Stahlgießereien bleiben zehn deutsch.

Von 16 Zink- und Bleierzgruben bleiben nur vier deutsch, damit also von einer Förderung von jährlich 266 000 Tonnen Zinkerz nunmehr 39 000 Tonnen, von 22 000 Tonnen jährlich geförderten Bleierzes nunmehr 5000 Tonnen. Da wir von der oberschlesischen Zinkerzförderung nur 14 Prozent behalten, Oberschlesien aber bisher 80 Prozent der gesamten deutschen Zinkerzförderung aufbrachte, so verlieren wir 75 Prozent der gesamten deutschen Zinkerzförderung. Sämtliche Zink- und Bleihütten gehen an Polen, ebenso die Silberhütten mit einer Jahresproduktion von 2000 kg Silber. Man vermag diesen Zahlen nichts hinzuzufügen; sie sprechen selbst deutlich genug die Größe des deutschen Verlustes und die Tendenz der Völkerbundentscheidung aus. Kein wirtschaftliches Abkommen vermag uns diesen Verlust erträglich zu machen.

Deutschland.

Horb, 25. Okt. Im „Lindenhof" fand am Sonntag eine Ortsversammlung der Württ. Bürgerpartei statt. Landesvorsitzender Dr. Beißwänger entwarf einen Rückblick und Ausblick. Professor Dr. Fürst sprach über „Wir Katholiken und die Deutschnationale Volkspartei" und Oberst v. Xylander über das Thema „Männer brauchen wir". Der Vortrag war auch von auswärts stark besucht. Den Vorsitz führte Dr. Krimmel (Tübingen).

Berlin, 26. Okt. Das Reichswehrkommando 7 in München ist ermächtigt worden, zum Begräbnis des verstorbenen Königs eine Ehrenkompanie zu stellen. Freiwillige Beteiligung von Angehörigen der Reichswehr ist gestattet. Wieweit eine Beteiligung von Reichs- und anderen Behörden in Frage kommt, kann noch nicht gesagt werden, da, wie an zuständiger Stelle verlautet, „Kosten dem Reiche nicht entstehen dürfen."

Reichsminister Brauns zum Oberschlesischen Diktat.

Köln, 24. Okt. Auf Veranlassung des Deutschen Gewerkschaftsbundes sprach gestern im Gürzenich Reichsarbeitsminister Dr. Brauns. Einleitend zu seinen Ausführungen bezeichnete er das Diktat über Oberschlesischen als ein neues Glied in der Kette ungesetzlicher Gewaltmaßnahmen gegen das deutsche Volk, angesichts deren es schwer falle, Vertrauen und Zuversicht aufrecht zu erhalten. Er betonte unter dem Beifall der Versammlung, daß hier dem deutschen Volke ein neues gewaltiges Unrecht geschehen sei. Nie und nimmer werde man diese Wegnahme deutschen Landes, diesen Raub von deutschen Werten, die deutscher Fleiß geschaffen, als Recht und Gerechtigkeit anerkennen. Unter Hinweis auf die wirtschaftlichen Zusammenhänge des großen oberschlesischen Industriegebietes zeigte er das Widersinnige der Entscheidung des Obersten Rates. Er machte auch auf einen Punkt aufmerksam, der bisher wenig beachtet worden ist, nämlich darauf, daß nicht der Wille zum Frieden, sondern der Gerechtigkeit des Krieges für die Durchführung maßgebend gewesen ist, denn die Zuteilung an Polen sei offensichtlich mit Rücksicht auf die polnischen Militärinteressen erfolgt. Das Gebot der Wahrhaftigkeit und Ehrlichkeit fordere es, dies klar auszusprechen. Unter stürmischer Zustimmung sagte Minister Brauns, man möge auf der Gegenseite endlich einmal aufhören, mit den Phrasen von Völkerfrieden und -versöhnung zu kommen, während man in Wirklichkeit auf das unbewaffnete Deutschland den schärfsten Militarismus anwende, den man sich nur denken kann. Redner verwies dann auf die schwierige Finanzlage des Reiches, die noch wachse durch die Aufbesserung der Beamtenbezüge, die aber geradezu katastrophal werde durch die Goldleistungen auf Grund des Londoner Ultimatums, die sich nach dem heutigen Valutastand auf 120 Milliarden Mark beliefen. Solche Leistungen seien auf die Dauer unmöglich, da sie in Europa ein Trümmerfeld der menschlichen Kultur schaffen müßten. Dieser trüben Lage gegenüber betonte Dr. Brauns den ernsten Willen zum Leben und sein Vertrauen auf das neugeordnete Wirtschaftsleben in Deutschland, wo Handel und Gewerbe blühen, während in dem valutastarken Ausland alles stocke. Aber angesichts des fortwährenden Abflusses deutscher Waren in das Ausland, der kollossalen Teuerung und der Entwertung der Mark hat der Redner die Befürchtung, daß sich im nächsten Frühjahr gefährliche Konsequenzen für unser deutsches Wirtschaftsleben einstellen könnten. Minister Brauns ist davon überzeugt, daß wir durch viele Jahre harter Arbeit, schwerster Entbehrung und politischer Neugestaltung hindurchgehen müssen. Er verurteilte eine Politik, die sich in Extremen bewegt, und verwies dabei auf das Beispiel Rußlands. Er trat für eine Zusammenfassung aller Kräfte ein und für eine Regierung der Mitte, die zur Führung der Staatsgeschäfte jetzt notwendig sei. Die Versammlung nahm eine Entschließung an, in der der Spruch von Genf als eine Mißachtung der wenigen dem deutschen Volke im Versailler Vertrag zugestandenen Rechte und als eine Vergewaltigung der oberschlesischen Bevölkerung bezeichnet wird. In einer zweiten Entschließung werden die Gewerkschaften sich gegen den Ausverkauf im besetzten Gebiet und fordern die Wiedereinführung der Grenzkontrolle.

Eine Rechtfertigung der Sozialdemokraten.

Berlin, 25. Okt. Der „Vorwärts" veröffentlicht in seiner Mittwoch-Morgenausgabe eine Erklärung der Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in der Sitzung beim Reichspräsidenten vom 24. Oktober, Hermann Müller, Scheidemann und Wels, in der es u. a. heißt: Die Vertreter der Deutschen Volkspartei haben in der vertraulichen Sitzung ein Verfahren in der oberschlesischen Frage vorgeschlagen, von dem sie selber als möglich voraussagen, daß es zu neuen Zwangsmaßnahmen der Entente gegen Deutschland führen würde. Sie haben zugleich versucht, sich für ein solches Verfahren Deckung durch die übrigen in der Sitzung vertretenen Partei zu sichern. Diese Deckung konnte ihnen nicht versprochen werden, da unsere Partei nicht die Verantwortung für ein Verfahren übernehmen kann, das zwar den Gegnern die Zwangsmaßnahmen gegen das deutsche Volk provoziert, diesem aber eine Möglichkeit erfolgreicher Abwehr nicht bietet.

Koalitionsverhandlungen zwischen Unabhängigen und Kommunisten.

Berlin, 26. Okt. Wie die „Freiheit" berichtet, fand gestern auf Ersuchen der Kommunistischen Partei eine Konferenz dieser mit der Unabhängigen Partei statt, zwecks Bildung einer sozialistischen Regierung. Die Kommunisten regten an, die sozialistischen Parteien sollten unter Hinzuziehung der Gewerkschaften zur gemeinsamen Koalition schreiten, um das Zustandekommen einer bürgerlichen Regierung zu verhindern. Das Ziel der Besprechung soll die Bildung einer sozialistischen Regierung gewesen sein. Auf die Frage, ob die Kommunisten bereit wären, in eine solche Regierung einzutreten, erklärten die Kommunisten, daß sie sich dazu nicht verpflichten könnten. Darauf brachen die Unabhängigen die Verhandlungen ab.

Ausland.

Paris, 26. Okt. Gegen die Reise Briands nach Washington macht sich in der französischen Kammer wachsender Widerstand geltend.

Paris und der Exkaiser Karl.

Paris, 25. Okt. Zur Gefangennahme des Exkaisers Karl führt der „Temps" aus, daß die Alliierten dem Habsburger Prätendenten nicht nach dem Leben trachten, daß sie aber die notwendigen Vereinbarungen treffen müßten, um ihn ein für alle Mal unschädlich zu machen. — Die Botschafterkonferenz wird morgen zusammentreten und der ungarischen Regierung ihre Genugtuung über deren loyale Haltung aussprechen. Der offene Thronverzicht Karls sei nunmehr notwendig. Es sei nicht gerade erforderlich, diesen Zwerg auf einem neuen St. Helena zu internieren, aber England solle ihm ein Asyl gewähren, wo er weder die Rolle eines Verschwörers, noch die eines Märtyrers spielen könnte. — Das „Journal des Debats" erklärt, Karl habe in den letzten Tagen eine klägliche Rolle gespielt; anstatt zu kämpfen, verkroch er sich entweder in einem Eisenbahnzug oder in ein Schloß. Meineidig gegen den Schweizer Bundesrat, täuschte er nun auch das Vertrauen seiner Anhänger in Ungarn, die geglaubt hätten, daß er sich eher töten lasse, als sich zu unterwerfen. Jedenfalls sei aber Ungarn vor einem neuen Unglück bewahrt worden.

Die Teuerung in Spanien.

Im „Corriere della Sera" entwirft Fraccaroli das nachstehende Bild der Lebensverhältnisse in Spanien: „Bis zum Jahre 1917 hatte sich der Preis der Lebensmittel nicht geändert. Dann begann das Ausfuhrgeschäft, das die Preise rasch um das Doppelte bis Dreifache hinauftrieb. Heute ist das Leben in Spanien für die Einheimischen recht teuer, und wenn man gar in Franken oder Lire rechnen muß, ist es ganz außerordentlich kostspielig. In den Hotels gibt man das Dreifache aus wie in Paris oder Rom. Ein kleines Zimmer kommt auf 90 Lire pro Tag (heute fast 450 ℳ). Einige andere Preise: Brot 2,40 Lire das Kilo (12 ℳ), Feinbrot 5,85 Lire (29 ℳ), Rindfleisch 18 Lire (90 ℳ) das Kilo, Wirsch 3,90 Lire (16,50 ℳ) pro Liter usw. So fällt das Leben auch der Bevölkerung nicht eben leicht und es sind auch noch keine Anzeichen für eine Besserung vorhanden, im Gegenteil. Die Krise, unter der die ganze Welt leidet, hat auch Spanien nicht unverschont gelassen. Fabriken und Gruben haben die Arbeit einstellen müssen, die Häfen haben nicht genügend Beschäftigung und die Arbeitslosen nehmen zu. Wer das Leben des Landes nur flüchtig beobachtet, dem mögen die überfüllten Theater, die von Menschen wimmelnden Kaffees und Bars einen allgemeinen Wohlstand vortäuschen. Aber dies ist eine Erscheinung, die in vielen anderen Ländern wiederkehrt, an deren Toren das nackte Elend lauert."

Amerikanischer Schuldennachlaß für Frankreich im Falle mangelnder deutscher Zahlungen?

London, 25. Okt. Laut „Daily Telegraph" haben die führenden Bankiers Amerikas den Präsidenten Harding überzeugt, daß die Delegierten der anderen Länder auf der Washingtoner Konferenz weniger Begeisterung für eine Beschränkung der Rüstungen zeigen werden, wenn nicht auch die internationalen Finanzfragen zur Erörterungen kommen. Zahlreiche Ratgeber des amerikanischen Präsidenten seien der Ansicht, daß die Weigerung der Vereinigten Staaten, Frankreich irgend eine militärische Garantie gegen einen deutschen Angriff zu geben, durch die Erklärung gemildert werden könnte, daß die Vereinigten Staaten ihren Anteil bei der Garantie der Reparationszahlungen übernehmen würden. Es wird vorgeschlagen, daß die amerikanische Regierung, falls Deutschland einen Teil der an Frankreich geschuldeten Reparationszahlungen nicht zahlen könne, Frankreich ein gleicher Teil seiner Schuld an die Vereinigten Staaten erlassen werden soll.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg. (Gemeinderatssitzung am 24. Oktober.) Katastergeometer Bonnet von Birkenfeld hat den neugefertigten Ortsbauplanentwurf für das Gewand Marzenäcker vorgelegt. In diesem Entwurf sind die Beschlüsse der Hochbauabteilung des Ministeriums des Innern und der Ortsbauplanberatungsstelle berücksichtigt u. es wird vom Gemeinderat beschlossen, die Baulinie nach dem neuen Plan festzustellen und den Plan nebst Beilagen öffentlich aufzulegen. Bekanntmachung wird im Inseratenteil erfolgen.

Auf das Gesuch verschiedener Baulustigen um Zuteilung von Bauplätzen wird beschlossen, vor der nächsten Gemeinderatssitzung Augenschein an Ort und Stelle einzunehmen.

Der bereits durch den Vorsitzenden und zwei Gemeinderatsmitglieder vorbereitete Durchgang des Feuerversicherungsbuchs ergab keine weiteren Beanstandungen.

Die Stadtpflege legt die abgeschlossenen Hauptbücher für Stadtpflege und Elektrizitätswerksverwaltung von 1916, 1917 und 1918 vor. Dieselben lagen bereits zur öffentlichen Einsicht auf, Einwendungen sind nicht erhoben worden und so erfolgt deren Abschluß ohne Beanstandung.

Auf das Gesuch des hiesigen Ziegenzüchtervereins erklärt der Gemeinderat sein Einverständnis, daß für jede Ziege ein Sprunggeld von 50 ℳ an den Bockhalter zu entrichten ist.

Der Vorsitzende gibt noch eine Mitteilung des Städtetags bekannt, wonach die Wohnungsabgabe voraussichtlich erst mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 ab erhoben werden wird.

Nach Erledigung einer Anzahl Dekrturen wurde die Sitzung geschlossen.

Besteuerung des Arbeitslohns.

Die Besteuerung des Arbeitslohnes ist durch das Lohnsteuergesetz vom 11. Juli d. J. neu geregelt worden.

Nach den bisherigen Bestimmungen war jeder Arbeitnehmer genau wie alle übrigen Einkommensteuerpflichtigen durch den Steuerveranlagungsausschuß zur Einkommensteuer zu veranlagen. Auf seine hierbei ermittelte Einkommensteuer, von deren Höhe er durch einen ihm zuzustellenden Steuerbescheid Kenntnis erhielt, war die von ihm mittelst Lohnabzugs entrichtete Steuer anzurechnen. Diese Veranlagung fällt künftig

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

größtenteils weg. Sie findet zunächst noch statt bei Arbeitnehmern, deren steuerbares Einkommen (ohne Abzüge irgendwelcher Art) 24 000 ℳ jährlich übersteigt. Ueberstiegt das steuerbare Gesamteinkommen nicht die Summe von 24 000 ℳ, so erfolgt Veranlagung im Schätzungsausschuß dann, wenn es der Steuerpflichtige verlangt. Hierzu hat er das Recht, 1. wenn die von ihm beantragten Abzüge für sog. Werbungskosten 2700 ℳ jährlich übersteigen — an Stelle beim Lohnabzug berücksichtigter 1800 ℳ —, 2. wenn bei ihm Berücksichtigung besonderer die Leistungsfähigkeit wesentlich beeinträchtigender Verhältnisse in Betracht kommt, 3. wenn Anrechnung der Kapitalertragssteuer verlangt wird, 4. wenn bei den abgezogenen Beträgen die Familienverhältnisse nicht voll berücksichtigt sind. Außerdem wird im Schätzungsausschuß behandelt, wer neben einem bei der Lohnsteuer zu berücksichtigenden Einkommen von weniger als 24 000 ℳ ein sonstiges Einkommen von mehr als 400 ℳ bezieht, und zwar bezüglich dieses Einkommens.

Die gesamte Besteuerung der Arbeitnehmer geschieht jetzt größtenteils ohne direkte Mitwirkung der Organe der Steuerveranlagung, lediglich mittelst Durchführung der vorgeschriebenen Steuerabzüge. Sache der Steuerverwaltung wird es sein, durch Ausübung einer vollständigen Steueraufsicht dafür zu sorgen, daß dem Reich seine zustehende Einkommensteuer zukommt. Das Lohnsteuergesetz tritt voraussichtlich am 1. Januar 1922 in Kraft. Trotzdem sind dessen Bestimmungen jetzt schon anzuwenden.

Vom Einkommen des Steuerpflichtigen sind 10 Prozent als Steuer abzuziehen. Dieser Steuerbetrag vermindert sich um die Abzüge für Berücksichtigung der Familienverhältnisse und um diejenigen betr. die sog. Werbungskosten (§ 13 Einkommensteuergesetz.)

A. Für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau werden abgezogen:

a) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns nach Stunden je 10 ₰ für je zwei angefangene oder volle Stunden,
b) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns nach Tagen je 40 ₰ täglich,
c) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns nach Wochen je 2,40 ℳ wöchentlich,
d) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns nach Monaten je 10 ℳ monatlich.

Für jedes zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende minderjährige Kind (Abkömmlinge, sowie Stief-, Schwieger-, Adoptiv- und Pflegekinder sowie deren Abkömmlinge) werden abgezogen:

a) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns nach Stunden 15 ₰ für je zwei angefangene oder volle Stunden,
b) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Tagen 60 ₰ täglich,
c) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns nach Wochen 3,60 ℳ wöchentlich,
d) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns nach Monaten 15 ℳ monatlich.

Kinder im Alter von mehr als 17 Jahren die Arbeitseinkommen beziehen, werden nicht gerechnet.

Maßgebend ist der Familienstand des Arbeitnehmers am 1. Oktober des vorangegangenen Jahres für ein Kalenderjahr.

Mit Genehmigung des Finanzamts ist auf Antrag der Abzug auch für mittellose Angehörige zu gewähren, die vom Steuerpflichtigen unterhalten werden. Wenn Mann und Frau ins Geschäft gehen, so sind die Abzüge für Kinder dem Mann allein zu machen. Dagegen sind dem Mann für sich und seine Frau und außerdem der Ehefrau für sich selbst die Abzüge zu gewähren. Es liegt hier eine Begünstigung derer vor, die zu zweien ins Geschäft gehen.

Kinder, die unter 17 Jahre alt sind, werden auch dann berücksichtigt, wenn sie eigenes Arbeitseinkommen beziehen. Abzüge für volljährige Kinder sind selbst dann, wenn sie nichts verdienen, nicht zu machen. Dagegen kann der Steuerpflichtige für Unterhalt mittelloser Angehöriger einen Abzug in Höhe des Kinderabzugs verlangen. Der Arbeitgeber darf diesen aber nur vornehmen, wenn der Arbeitnehmer seitens des Finanzamts sich hierüber eine Bescheinigung verschafft hat.

Ueberhaupt darf der Arbeitnehmer nur solche Abzüge machen, die sofern es sich nicht um Kinder und Ehegatten und den festen Satz der Werbungskosten (180 ℳ jährlich) handelt, vom Finanzamt ausdrücklich schriftlich genehmigt sind. Die zu berücksichtigenden Kinder müssen von der Gemeindebehörde auf dem Steuerbuch vermerkt sein.

Wenn sich in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. März die Zahl der Personen, für die Abzüge gewährt werden, um wenigstens zwei vermehren (z. B. Geburt zweier Kinder oder eines Kindes und Zusichnahme einer unterhaltungsberechtigten mittellosen Mutter) so kann sich der Arbeitnehmer dies von der Gemeindebehörde im Steuerbuch vermerken lassen. Alsdann findet Berücksichtigung ab 1. April statt. (Schluß folgt.)

Württemberg.

Maulbronn, 26. Okt. (Wahnsinnige Weinpreise.) Bei der letzten Weinversteigerung im herzoglichen Weingut Elfingsberg wurden folgende Preise erzielt: Trollinger 4000 bis 4300 Mark, Weißriesling 5300 bis 6850 ℳ, Nachlese und Kammwein 5700 ℳ je Hektoliter. Dies dürften die höchsten bis jetzt in Württemberg erzielten Weinpreise sein.

Heilbronn, 26. Okt. (Beleidigungsprozeß.) Der frühere Stadtpflegebuchhalter Wieland von Bockingen, jetzt Schultheiß in Berkheim OA. Eßlingen, hatte seinen früheren Vorgesetzten, Stadtschultheiß Aiter verklagt, weil dieser in nicht öffentlicher Gemeindesitzung das Verhalten Wielands kritisierte und u. a. sagte, er sei weggelaufen, wie ein Zigeuner. Das Schöffengericht sprach Aiter frei und verurteilte Wieland zur Tragung der Kosten, weil keine Ehrenkränkung vorliege, sondern in Wahrung berechtigter dienstlicher Interessen vertraulich diese Mitteilungen gemacht worden seien.

Göppingen, 26. Okt. (Verworfene Berufung.) Die durch das Landgericht Ulm aus Anlaß der Vorgänge beim Generalstreik im August 1920 verurteilten Arbeiter haben wegen der vom Landgericht Ulm ausgesprochenen Gefängnisstrafen Berufung eingelegt. Das Reichsgericht hat sie jedoch verworfen und die Strafen wegen Nötigung bestätigt.

Metzingen, 26. Okt. (Differenzen.) Wegen Meinungsverschiedenheiten in der Auslegung des Betriebsrätegesetzes und Entlassung des Vertrauensmannes legte die Belegschaft der Firma Gebr. Holder am Samstag vormittag die Arbeit nieder. Die Firma hat hierauf durch eingeschriebene Briefe ihren Arbeitern mitgeteilt, daß sie fristlos entlassen seien.

Ulm, 26. Okt. (An alle ehemaligen roten Ulanen.) Wie wir hören, sind die Zusagen zu der feierlichen Weihe der Gedenktafel im Münster am 30. Oktober 1921 sehr zahlreich eingelaufen und verspricht das Fest einen schönen Verlauf zu nehmen. Es wird gewiß jeder frühere Angehörige des Regiments diese Gelegenheit ergreifen, um seine alten Kameraden wiederzusehen.

Beimerstetten OA. Ulm, 26. Okt. (Ein Schwindler.) Vor einigen Tagen ging hier ein in Uniform gekleideter, kräftig aussehender jüngerer Mann, dem Dialekt nach aus Norddeutschland, von Haus zu Haus, um für heimkehrende Kriegsgefangene Gelder zu sammeln. Dabei zeigte er ein Schriftstück, das nach seiner Angabe sein Leutnant ausstellte, in dem bestätigt war, daß er beauftragt sei, für in nächster Zeit aus französisch-polnischer Gefangenschaft heimkehrende Krieger gültige Spenden zu sammeln. Gutmütige Menschen gaben ihm ohne weiteres je zwei bis zehn Mark. Der Schwindler setzte in den meisten Fällen den vom Geber selbst geschriebenen Ziffern nach seinem Weggange noch eine 0 an, so daß die Zahlen sehr imponierten. Wer an dem Schreiben Zweifel hegte, wurde auf den Stempel des hiesigen Stadtschultheißenamts verwiesen, der tatsächlich auf dem Bogen Papier war, mit dem Bemerken, daß an der Echtheit dieses Unternehmens nicht zu zweifeln sei. Darauf sind nun ziemlich viele hereingefallen. Der Gauner hat das Geld mit einer „Dame" verputzt.

Ravensburg, 26. Okt. (Nachbeben. — Unglücksfall.) Montag früh 3,07 Uhr verzeichneten die hiesigen Seismographen ein schwaches Nachbeben (Ebingen). — Die im Deisenfang wohnende 84 Jahre alte Witwe Sixt ist, während sie die Treppe aufstieg, von einer Herzschwäche befallen worden. Die Frau ist infolgedessen die Treppe heruntergestürzt und hat einen schweren Schädelbruch erlitten. Wenige Stunden später ist die Bedauernswerte ihren Verletzungen erlegen.

Baden.

Brötzingen, 25. Okt. „Im Arlinger" wurde Ackerboden von der Behörde zwangsweise enteignet und auf ihm zur Behebung der Wohnungsnot Einfamilienhäuser mit Hausgärten errichtet. Gegen die Art der Zwangsenteignung, die niedrige Entschädigung und die Entziehung guten Ackerbodens protestierten etwa 200 Grundstücksbesitzer, die die Zwangsenteignung bei genügendem Baugelände im freien Handel und die teuere Bauweise von Einfamilienhäusern, die der Wohnungsnot nicht gerecht werden, bemängelten. In einer Entschließung wird der Behörde ein Mißtrauensvotum ausgestellt.

Freiburg, 25. Okt. Die Firma Gebr. Himmelsbach in Vermatingen hat größere Aufträge zur Lieferung von geschnittenen Hölzern für Nordfrankreich auf Grund des Friedensvertrages erhalten. Die ersten fünf Wagen, denen weitere Sendungen folgen werden, sind dieser Tage von dem Sägewerk abgerollt.

Konstanz, 24. Okt. Ludwig Lenz von Deisbach bei Sinsheim hat bereits 15 Jahre im Zuchthaus und Gefängnis zugebracht. Zuletzt verbüßte der 35jährige eine Zuchthausstrafe von 6½ Jahren, von denen ihm zwei Jahre auf Wohlverhalten nachgelassen wurden. Im Mai kam er in Freiheit und bald darauf reiste er mit einem Fahrrad, das ein Genosse gestohlen hatte, nach Konstanz und stahl hier ein Fahrrad dazu. Wegen Hehlerei und Diebstahls erhielt er nun neun Monate Gefängnis, nach deren Verbüßung er die restlichen zwei Jahre Zuchthaus anzutreten hat.

Heidelberg, 25. Okt. Der von der Kriminalpolizei wegen des großen, in Heidelberg verübten Silberdiebstähle festgenommene angebliche Harry de Berg aus Brüssel hat sich als ein Verbrecher der gemeingefährlichsten Art aus Heidelberg-Kirchheim entpuppt. Mit Hilfe des polizeilichen Erkennungsdienstes wurde der Verbrecher als der 31jährige Hermann Kohl aus Heidelberg-Kirchheim einwandfrei festgestellt. Kohl hat eingestanden, im Laufe der letzten Jahre eine kaum noch feststellbare Zahl von Einbrüchen in fast allen Städten Deutschlands ausgeführt zu haben. Er gab auch ferner zu, daß er im Jahre 1919 in Gronau in Westfalen bei einem Einbruch in ein dortiges Juwelengeschäft einen Schutzmann kaltblütig erschossen hat. Der Mörder wurde von zahlreichen Staatsanwaltschaften bisher vergeblich gesucht. Am Freitag nachmittag fiel er in einem Frankfurter Trödlerladen, als er die geraubten Heidelberger Silbersachen verkaufen wollte, der Fahndungspolizei in die Hände.

Vermischtes.

Sinkende Viehpreise? Ein starker Rückschlag der Viehpreise trat dieser Tage ein. In München wurden beispielsweise Kälber für 7 ℳ und Schweine für 8,50 ℳ das Pfd. und noch weniger zum Kauf angeboten. Jeder sucht jetzt noch sein Vieh zum möglichst günstigen Preis abzusetzen, zumal bei dem großen Viehbestand Aussicht besteht, daß die Preise noch mehr sinken. In München müssen mehrere Transporte wieder zurückgehen. Hoffentlich besteht damit bald Aussicht, daß unsere Bevölkerung wieder Fleisch zu annehmbaren Preisen kaufen kann.

Die Sühne. Im Gefängnishof in Kempten wurde am Freitag der 33jährige verheiratete Ludwig Schmahl von Wuchlers bei Lindau durch die grüne Polizei standrechtlich erschossen. Schmahl war vom Volksgericht Kempten zum Tode verurteilt worden, weil er in der Nacht zum 27. April seinen Nachbar, den Händler Josef Schwärzler, mit dem er wegen eines Kaufes in Streit geraten war, durch Beilhiebe ermordet hat. Der Hingerichtete war Vater von drei Kindern.

Das Land, wo Milch und Honig fließt. Von Rosenheim in Bayern wird geschrieben: Zu einer in Reit im Winkel letzter Tage abgehaltenen Bauernhochzeit waren nicht weniger als 870 Gäste eingeladen. Die Hochzeitsfestlichkeiten dauerten drei Tage und an jedem Tag wurden fünf Kälber geschlachtet. Außerdem mußten ein Ochse und viel Kleinvieh daran glauben.

Die Opfer von Oppau. In Oppau sind insgesamt 503 Leichen geborgen, und zwar 115 Werkangehörige, 283 Arbeiter, die von Baugeschäften im Werk beschäftigt waren, 28 Einwohner von Oppau und 77 unerkannte Tote. Vermißt werden noch 68 Werkangehörige und 94 Arbeiter der Baufirmen, so daß die Gesamtzahl der Toten, wenn man die 77 Unerkannten von der Zahl der Vermißten abzieht, 588 Opfer ergibt. Mehr oder minder schwer verwundet wurden 1800 Werkangehörige und Arbeiter der Baufirmen und 2500 bis 3000 Ortseinwohner von Oppau. Wenn man sich diese Zahlen vor Augen hält, wird man sich ein Bild des Elends machen können, das über Oppau und seine Umgebung gekommen ist, und man wird sich auch klar darüber sein, wieviel weitere Hilfeleistung noch nötig ist, um einigermaßen die Not der Betroffenen zu lindern.

Erhöhung der Zellstoffpreise. Mit Wirkung vom 1. November beschloß der Verein deutscher Zellstoffabrikanten eine Preiserhöhung für ungebleichte und bleichfähige Beschaffenheiten um 40 ℳ und für gebleichte um 20 ℳ pro Doppelzentner.

700 000 russische Kinder dem Hungertode preisgegeben. Der Sonderberichterstatter des „Manchester Guardian" berichtet aus Rußland, daß in dem Bezirk von Samara 700 000 Kinder von ihren Eltern verlassen sind. Nur die Kranken und hilflosen Frauen sind bei ihnen zurückgeblieben. Man hat diese Unglücklichen in Schulen und anderen Gebäuden zusammengepfercht. Sie erhalten zur Nahrung nichts als Bohnen, die nicht einmal gesalzen werden können. — Dem Sekretär des apostolischen Nuntius in Bern hat Dr. Nansen eine Million Lire übergeben, die der Papst für die hungernde russische Bevölkerung gespendet hat.

Handel und Verkehr.

Devisen-Kurse. (Durch die Rheinische Creditbank, Niederlassung Herrenalb, mitgeteilt.) Vorbörslich Holland 5700, Schweiz 3020, Paris 1220., London 690, Neuyork 166 je Geld. Tendenz unsicher.

Stuttgart, 26. Okt. (Bericht der Kemptener Butter- und Käsebörse. — 15. Börsenbericht.) Preis für Butter 22,69 ℳ pro Pfund, einschl. der Verkäufe nach Börsendurchschnitt 22,89 Mark. Gesamtumsatz: Butter 123 127 Pfund. Preis für Weichkäse 7,99 ℳ pro Pfund. Gesamtumsatz: Käse 497 288 Pfund.

Die Liebe siegt.

Roman von Erich Ebenstein.

19 (Nachdruck verboten.)

Und plötzlich — als hätte sie dessen Gedanken erraten — rief sie mit einem unschuldig klingenden Lachen: „Na, so sag's doch dem Giebel, was dir das Herz abdruckt! Verklag mich nur! Vor so einem, wie du bist, fürchtet sich die Lammwirtin noch lang nicht!"

Da schwieg Hausel. Giebel aber fragte Martina:

„Was hat's denn gegeben?"

„Den Recken hat er spielen wollen. Ja — warum soll ich's nicht sagen? Mir vorgeworfen hat er, daß ich dein Weib wie eine Dienstmagd halte, weil sie arbeitet! Du mein — ich schaffe ihr's nicht! Mir ist die Arbeit nie eine Schande und allemal das Liebste gewesen, wenn aber dein Weib nichts arbeiten will —, mir ist's auch recht — und hätte sie mir bloß ein Wörtel sagen dürfen! Vom Hausel aber, das sage ich frei und offen, lasse ich mir keine Vorhaltungen machen!"

„Nicht mehr als recht und billig", nickte Giebel ärgerlich, denn die Situation — hier gleichsam als Schiedsrichter angerufen zu werden — paßte ihm schlecht. Auch verstimmte es ihn, daß Lena gleich beim Eintritt in das Haus verschwunden war. Er warf Hausel einen Blick zu.

„Daß du dir so was herausnimmst, hätt ich wirklich nicht geglaubt, Hausel! Ich hoffe, ein andermal wird dir die Zunge nicht mehr auskommen!"

Der Knecht antwortete nicht. Seine verblaßten Augen hingen starr an Giebel. Die weißen Haare über der Stirn vibrierten, als ob ein innerer Sturm sie unsichtbar in Bewegung setzte. —

Drin in der Stube spielte der Lammwirt Karten mit Quirin. Martina setzte sich zu ihnen, Giebel wanderte in der Stube auf und nieder.

„Wo nur die Lena bleibt?" sagte er plötzlich halblaut mit einem unsicheren Blick auf Martina.

Diese zuckte die Achseln.

„Arbeit hat sie keine mehr."

Nach einer Weile verschwand sie für einen Augenblick und kehrte mit einem frischen Trunk für Giebel zurück.

„Dein Weib ist schon hinüber schlafen gegangen, Giebel. Geh, setz dich ein wenig nieder und trinke . . . alswell das Umeinanderlaufen in der Stuben . . . . mußt ja doch müde sein von der Arbeit?" Sie sprach in mütterlich besorgtem Ton.

Er setzte sich und stürzte das Glas Bier auf einen Zug hinab. Dann blickte er Martina, die neben ihm stehen geblieben war, abermals unsicher an.

„Weißt du — was sie hat? Von Tag zu Tag mehr wird sie anders, die Lena . . .?"

Martina seufzte. Mit gut gespieltem Mitleid sah sie ihn an. Dann nickte sie.

„Bist halt wohl ein armer Hascher, Giebel!" sagte sie leise. „Wenn ich sehe, wie du's hast jetzt — das Herz drückt's mir oft ab vor Erbarmen . . . . Grad du hättest was anderes verdient im Leben!"

„Ich habe mich nicht beklagt", gab er hastig zurück, denn ihr Mitleid verletzte ihn mehr als alles andere. „Nur gewußt hätte ich gern, warum die Lena so schweigsam ist? Es muß doch einen Grund haben, daß sie von hier fort will? Und ich habe gedacht, du könntest mir's vielleicht sagen?"

Martina starrte ihn erschrocken an.

„Fort will sie . . . wirklich fort?"

„Ja! Ich soll's beim Vater durchsetzen, daß wir ganz hinausziehen auf die Sägemühle."

„Er wird's nicht zugeben! Denke auch nur, Giebel, wie die Leut dann reden täten! Ueberall würden sie sagen, ich hätt euch aus dem Haus getrieben! Willst mir wirklich so eine unverdiente Schand antun? Grad du — Giebel?"

Sie sah ihn mit einem so seltsam angstvollen verschleierten Blick an, daß er die Augen verwirrt niederschlug.

„Ich will's ja gar nicht, Martina . . . aber sie sagt, es wäre ihr Glück, und so werde ich wohl müssen . . ."

Martina hatte sich gefaßt. Daß Giebel selbst nicht fort wollte, genügte . . .

„Gib acht, Giebel, daß du deinem Weib nicht schon im Anfang zu viel nachgibst! Willst du Herr bleiben in deinem Haus, muß dein Wille allein gelten! Und so arg wird's ihr so gar nicht sein darum . . . sie hat's doch hier viel besser als draußen, wo sie allein zu jeder Arbeit wäre. Weißt, was ich glaube, der Hausel ist an allem schuld!"

„Der Hausel?"

„Ja, schon lange hab ich's bemerkt. Er hetzt sie auf! Erst heute wieder . . . drum hab ich endlich ein ernstes Wort sollen lassen müssen. Er redet deinem Weib ein, sie wäre bloß Dienstmagd da, wo sie von rechtswegen Frau sein sollte. Er kann's halt nicht verwinden, daß die ehemalige Hauserin Lammwirtin worden ist! Du mein Gott . . . wenn ich gewußt hätte . . ." Martina senkte den Kopf, ihre Stimme zitterte wie unter verhaltenen Tränen. „Ich wäre schon die Letzte, die eins kränken wollte . . .! So gut hab ich's ja auch nicht . . .! Giebel — du bist der Sohn — dir darf ich nicht reden davon — aber eins kannst mir glauben: das Richtige ist es schon nicht, wenn ein junges, unerfahrenes Dirndl mit einem Herzen voll Lieb und Sehnsucht einen . . . Siebziger heiratet! Wenn er nicht gar so arg tribuliert hätte damals, dein Vater . . . und jetzt, wenn ich Unfrieden stiften sollte auch noch — nein! Muß schon durchaus eins fort — warum denn nicht ich? Jede Stunde geh' ich, wenn du willst! Denn das muß ich dir sagen, Giebel . . . denk, was du willst, von mir — sagen muß ich dir's: dein Glück war mir allzeit mehr wert, als ich mir selber!"

„Martina!!" Blaß und erschrocken sah er auf. „Wie soll ich das verstehen?"

Sie legte die Hand auf seinen Arm und sah ihn mit brennenden Augen an, während es leise wie ein Hauch über die Lippen glitt:

„Ist besser, du verstehst es gar nicht . . . weil du's vorher ja auch nicht verstanden hast! Vergiß mein unsinniges Reden, Giebel, ich bitte dich zu tausendmalen . . . und wegen dem Fortgehen — hab keine Sorge . . . ich werde schon . . ."

„Davon kann keine Rede sein", fuhr er jäh auf. „Es bleibt alleo, wie's ist, dafür werde schon ich sorgen!"

Dann fuhr er sich über die Stirn. Er fühlte sich beklommen, als läge ein Bann über ihm. Sein Herz schlug laut und dumpf — in der Stube schien ihm, als wäre es plötzlich unerträglich schwül . . .

Was hatte Martina eigentlich gesagt, daß er nicht mehr wagte, sie anzuschauen? Daß ihre bloße Nähe ihn ängstigte und verwirrte?

Lena — er wollte zu Lena — dies war der einzige Gedanke, der ganz klar über all der Wirrnis in seinem Kopfe stand. Aber er blieb trotzdem sitzen.

Auch Martina rührte sich nicht. Instinktiv ahnte sie, was in ihm vorging, und zum erstenmal seit langer Zeit durchbebte sie wildes Triumphgefühl.

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

r ein Fahrrad dazu. Bo-
er nun neun Monate Go-
die restlichen zwei Jahre

der Kriminalpolizei wegen
Silberdiebstähle festgenom-
is Brüssel hat sich als ein
Art aus Heidelberg-Kirch-
eilichen Erkennungsdienstes
ährige Hermann Kohl aus
stgestellt. Kohl hat einge-
eine kaum noch feststellbare
Städten Deutschlands auf-
rner zu, daß er im Jahre
m Einbruch in ein dortiges
ltätig erschossen hat. Der
taatsanwaltschaften bisher
chmittag fiel er in einem
ie geraubten Heidelberger
Fahndungspolizei in die

es.

rker Rückschlag der Vieh-
chen wurden beispielsweise
8,50 ℳ das Pfd. und we-
cht jetzt noch sein Vieh zum
t, zumal bei dem großen
Preise noch mehr sinken.
sporte wieder zurückgehen
icht, daß unsere Bevölke-
Preisen kaufen kann.
f in Kempten wurde am
adwig Schmahl von Mch-
Polizei standrechtlich zu
erich Kempten zum Tode
acht zum 27. April seinen
rzler, mit dem er wegen
durch Beilhiebe ermordet
on drei Kindern.
g fließt. Von Rosenheim
r in Reit im Winkel letzter
waren nicht weniger als
festlichkeiten dauerten drei
fünf Kälber geschlachtet.
Kleinvieh daran glauben.
ppau sind insgesamt 513
kangehörige, 283 Arbeiter,
äftigt waren, 28 Einwoh-
ote. Vermißt werden noch
der Baufirmen, so daß die
77 Unerkannten von der
pfer ergibt. Mehr oder
800 Werkangehörige und
3000 Ortseinwohner vor
n vor Augen hält, wird
können, das über Oppau
und man wird sich auch
lfeleistung noch nötig ist,
offenen zu lindern.
Mit Wirkung vom 1. No-
r Zellstoffabrikanten eine
bleichfähige Beschaffen-
20 ℳ pro Doppelzentner
Hungertode preisgegeben.
hester Guardian" berichtet
on Samara 700 000 Kin-
Nur die Kranken und
rückgeblieben. Man hat
nderen Gebäuden zusam-
ng nichts als Bohnen, die
. — Dere Sekretär des
Dr. Nansen eine Million
hungernde russische Be-

erkehr.

nische Creditbank
mitgeteilt.) Vorbörslich
0, London 660, Neuyork

Kemptener Butter- und
reis für Butter 22,69 ℳ
Börsendurchschnitt 22,89
Pfund. Preis für Weich-
at: Käse 497 288 Pfund.

wegen Frau sein sollte.
die ehemalige Hauserin
ott . . . wenn ich ge-
en Kopf, ihre Stimme
n, „ich wäre schon die
So gut hab ich's ja auch
n — dir darf ich nicht
ie glauben: das Mäd-
junges, unerfahrenes
d Sehnsucht einen . . .
gar so arg tribuliert
t, wenn ich Unfrieden
ß schon durchaus eins
Stunde geh' ich, wenn
gen, Giebel . . . denk,
ß ich dir's: dein Glück
r selber!"
ken sah er auf. „Wie

lem und sah ihn mit
fe wie ein Hauch über

t . . . weil du's vorher
mein unsinniges Re-
alen . . . und wegen
. ich werde schon . . ."
uhr er jäh auf. „Es
on ich sorgen!"
n. Er fühlte sich be-
m. Sein Herz schlug
ien ihm, als wäre es

gt, daß er nicht mehr
he Nähe ihn ängstigte

war der einzige Ge-
rnis in seinem Kopfe

stinktiv ahnte sie, was
eit langer Zeit durch-

(Fortsetzung folgt.)

für Rundkäse 12,40 ℳ. Gesamtumsatz: 118 529 Pfund. Markt: für Butter und Weichkäse unverändert gute Nachfrage. Für Rundkäse sehr gute Nachfrage.

Literarisches.

Württemb. Regimenter im Weltkrieg 1914—1918. Herausgegeben von General D. Flaischlen. Bd XVI: **Das württ. Infanterie-Regiment Nr. 238** (früher württ. Ersatz-Feldartillerie-Regiment Nr. 65) **im Weltkrieg 1914—1918.** Von Hptm. Ehrem Leutnant d. R. Mit 89 Abbildungen, 22 Skizzen und einer Uebersichtskarte. 128 Seiten Großoktav. Mit zweifarbigem Umschlagbild in Halbleinen geb. Ein. Belsersche Verlagsbuchhandlung in Stuttgart.

Der Verfasser, ein echter Frontsoldat, hat die ihm gestellte Aufgabe in vorbildlicher Weise gelöst. — In schlichter Form und sachlicher Art schildert er die Kämpfe und Taten des Regiments. Das ganze Buch mutet uns wie ein großes, lebendiges Stimmungsbild an, wenn der Verfasser uns erzählt, zermürbend und aufreibend mitunter der Stellungskrieg, wie begeistert das Regiment in die Frühjahrsoffensive zog, wie Offizier und Mann trotz schwerster Verluste den Mut nicht sinken ließen, welch kühne Taten so viele Angehörige des Regiments vollbracht haben und nicht zuletzt, wie manch kräftiges Wort gefunden wurde, wenn die längst ersehnte Ruhe und Ablösung immer wieder nicht kam und jeder Befehl von „oben" allen unverständlich erschien. Den Angehörigen der toten Helden des Regiments ist diese ein letzter Gruß aus dem Leben ihrer Lieben. Und Ueberlebenden werden ihre aufrichtige Freude an diesen echten und selbsterlebten Schilderungen haben. So reiht sich mit 89 Abbildungen reichgeschmückte Buch würdig den Ehrenmälern an und die Angehörigen des stolzen Regiments müssen dem Verfasser dankbar sein, daß er die Erinnerung an die Taten und Kämpfe in so lebendiger und anschaulicher Weise für alle Zeiten festgehalten hat. Zu beziehen durch die Mayhsche Buchhandlung (Inh. D. Strom) Neuenbürg.

Neueste Nachrichten.

München, 26. Okt. Auf den Mehrheitssozialdemokraten Abgeordneten Auer wurde gestern Nacht, als der Genannte das Gewerkschaftshaus verlassen hatte, von einem unbekannt gebliebenen Täter 2 Revolverschüsse abgegeben, die jedoch fehlten. Auer hatte bis in den letzten Tagen Drohbriefe erhalten, in denen ihm das gleiche Schicksal angedroht wurde, wie es seinerzeit Eisner erlitten hat.

Düsseldorf, 26. Okt. Der bei den städtischen Krankenanstalten beschäftigte Dr. Walter wurde heute morgen mit seinen beiden Kindern im Alter von 5 Monaten und 2¼ Jahren im Badezimmer infolge ausströmenden Gases besinnungslos aufgefunden. Das Gas war dem undichten Badeofen entströmt. Wiederbelebungsversuche waren bei allen erfolglos.

Berlin, 26. Okt. Der Vorstand der Berliner Handelskammer erklärte in einem Bericht über den Fall des früheren Syndikus der Kammer Rahardt, daß dieser gemeinsam mit Baumeister Sonnenburg, einem Handwerkskammermitglied, dem Intendanturbeamten einen Betrag in Höhe von 1 Mark zu Ungunsten der Handwerkskammer veruntreut habe. Ferner stehe Rahardt unter dem Verdacht, in einem gegen ihn eingeleiteten Disziplinarverfahren falsche eidesstattliche Angaben gemacht zu haben. Dies habe zu der Verhaftung Rahardts geführt.

Berlin, 26. Okt. Wie die Blätter hören, wird als Ergebnis des Wechsels im Reichsministerium des Innern auch Staatssekretär Dr. Lewald aus diesem Ministerium ausscheiden. — Das Kabinett wird heute den Reichskommissar für die wirtschaftlichen Verhandlungen ernennen und, der „Berliner Zeitung" zufolge, ihn am Nachmittag den alliierten Botschaftern namhaft machen. Als deutscher Vertreter ist Botschaftsrat Bunzel in Aussicht genommen.

Berlin, 26. Okt. Wie aus Parlamentskreisen verlautet, soll in dem uns zugesprochenen Teile Oberschlesiens endgültig drei ständige Garnisonen eingerichtet werden. Es kommen dafür die Orte Beuthen, Kreuzburg und Neiße. Die Truppen, mit denen diese Garnisonen belegt werden sollen, werden voraussichtlich dem anderen in Schlesien stehenden Teil der Reichswehr entnommen werden. — In der Stadtverordnetenversammlung in Gleiwitz wies der Stadtverordnetenvorsteher bei der Protestsitzung gegen das Genfer Diktat auf die allgemein in Oberschlesien vertretene Ansicht hin, daß das große Kohlenbecken Oberschlesiens, Großpolens und Galiziens zwischen Frankreich und Polen in zwei Interessengebiete aufgeteilt sei.

Berlin, 26. Okt. Die polnische Kommission, die die Handelsverhandlungen mit Deutschland führen soll, ist unter Führung von Plucinski angekommen und von General Sir Harald Stuart und General de Marini im Auftrag der interalliierten Kommission empfangen worden. Die Kommission begibt sich von Oppeln nach Genf.

Karlsruhe, 27. Okt. Von dem hiesigen Schwurgericht wurde gestern der wegen Giftmordes, begangen an seiner Frau und seinem Kinde, angeklagte Schlosser Kirchner aus Hütte zum Tode, 15 Jahren Zuchthaus und dem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt.

Kattowitz, 27. Okt. Von dem Verband elsaß-lothringischer Studentenbünde ist folgendes Telegramm an den Vorsitzenden des Deutschen Ausschusses in Kattowitz, Dr. Lukaschek, gerichtet worden: Die elsaß-lothringischen Studierenden, die ihrer Heimat durch die Franzosen vertrieben worden sind, jetzt im Deutschen Reich leben, hoffen, daß ihre oberschlesischen Brüder kraftvoll im bedrohten Gebiet ausharren werden zum Schutze des dortigen deutschen Volkstums.

Innsbruck im Oberinntal, 26. Oktbr. Auf dem letzten Viehmarkt haben die Bauern stürmischen Protest erhoben, als es bekannt wurde, daß die Ausfuhr von Vieh nach Deutschland eingestellt sei. Sie drohten auch der Landwirtschaftskammer mit Gewaltmaßregeln, wenn nicht eine weitere Ausfuhr gestattet werde. Diesen Vorfall nahm nun eine Versammlung von Mitgliedern des katholischen Arbeitervereins in Innsbruck zum Anlaß, um gegen dieses Vorgehen der Bauern zu protestieren. Die aus mehreren hundert Personen bestehende Versammlung sprach die Hoffnung aus, die Landesregierung werde diesen Drohungen einen Widerstand entgegensetzen, da man sich sonst in Zukunft darüber beklagen könnte, wenn auch andere ihre schwer bedrohten Interessen mit Gewalt schützen würden.

Wien, 26. Okt. Eine 150 Mann starke aus Banden und regulärem Militär bestehende ungarische Abteilung traf heute Nachmittag in Parndorf ein, überfiel die dort anwesenden aus einem Offizier und 11 Mann bestehenden österreichischen Patrouillen und zersprengte sie. Kommandant und 4 Mann werden vermißt.

Rom, 26. Okt. Die zwischen den interessierten Staaten eingeleiteten Verhandlungen wegen des Unterbringungsortes für Karl von Habsburg haben dazu geführt, daß an Italien die Anfrage gerichtet wurde, ob es eventuell bereit sei, den Exmonarchen unter seine Obhut zu nehmen. Italien würde, wenn die Unterbringung an einem anderen Ort nicht genügend Garantien bieten sollte, nicht abgeneigt sein, Karl so unterzubringen, wie es seiner Stellung, aber auch seiner Gesinnung entspricht. — Die Agentur Reuter vernimmt zu der Meldung, Exkönig Karl nach Italien zu verbannen, daß die britische Regierung an ihrer Absicht festhalte, daß er an einen abgelegenen Ort verbannt werden müsse, um jeden neuen Versuch, auf den Thron zu gelangen, unmöglich zu machen.

Straßburg, 26. Okt. Die Wirkungen der schlechten deutschen Markvaluta auf den Geschäftsgang in Straßburg schildert „Le Progrès" sehr anschaulich in einer kleinen Plauderei. Zahlreiche bisherige Kunden der Straßburger Geschäftsleute besorgen ihre Einkäufe jetzt in Kehl. Es kostet ungefähr fünf Francs, wenn man sich von einem guten elsässischen Coiffeur verschönern läßt. Für 60 Centimes — nach französischer Währung — besorgt es der Friseur in Kehl. Am meisten haben die Konfektionsgeschäfte zu leiden. Wer sich neu kleiden will, nimmt die Straßenbahn und fährt nach Deutschland hinüber. Eine Stunde später kehrt er über die Rheinbrücke zurück, elegant wie ein Dandy, mit neuen Schuhen, Hut und Krawatte. Der Zollbeamte ist machtlos. Eine unerwartete Folge hat dieser Grenzhandel: Die Trödler in Kehl machen glänzende Geschäfte. Sie kaufen die abgelegte Sachen, welche die elsässischen Kunden der Schneider, Schuhwarenhändler usw. für nichts oder für einen Spottpreis jenseits des Rheins lassen.

Paris, 27. Okt. Die gestrigen Abendblätter glauben, daß die Botschafterkonferenz in ihrer heutigen Sitzung über das Schicksal König Karls von Ungarn entscheiden wird.

Paris, 27. Okt. Ministerpräsident Briand nahm namens der Regierung die Tagesordnung Manaut an, in der erklärt wird: Die Kammer, die die Erklärung der Regierung billigt, hat Vertrauen zu ihrer Festigkeit, um im Einverständnis mit Frankreichs Alliierten die Realisierung der Rechte sicher zu stellen, die Frankreich zuerkannt wurden. Sie vertraut darauf, daß die Regierung fortfahren wird, das Prestige Frankreichs im Auslande zu verteidigen, den Frieden nach außen und die Ordnung im Innern aufrecht zu erhalten, damit sie weitgehend die Politik der republikanischen Union durchführt. Die Kammer lehnt weitere Zusätze ab und geht zur Tagesordnung über. — Der erste Teil der Tagesordnung Manaut bis zu dem Wort „durchführt" wurde mit 391 gegen 186 Stimmen angenommen, der Rest der Tagesordnung durch Handaufheben. Darauf wurde die Tagesordnung in ihrer Gesamtheit mit 338 gegen 172 Stimmen angenommen.

Paris, 27. Okt. Der polnische Gesandte bestätigte gestern vormittag dem Ministerpräsidenten Briand, daß seine Regierung die Entscheidung der Alliierten über Oberschlesien angenommen habe und drückte nach der Havasagentur den Dank dafür aus, daß Frankreich bei dieser Gelegenheit Polen seine wohlwollende Unterstützung gewährt habe.

Brest, 27. Oktbr. Der Panzerkreuzer „Guenydon" hat sich gestern nachmittag zur Abreise nach Lissabon bereit gemacht.

Warschau, 26. Okt. Im Auswärtigen Ausschuß des Warschauer Sejm referierte Korfanty als Sachverständiger und betonte, daß ohne seinen Aufstand Polen nur Rybnik und Pleß, sowie kleine Streifen anderer Kreise erhalten hätte. Zu den Wirtschaftsklauseln führte Korfanty aus, daß eine plötzliche Aenderung im oberschlesischen Wirtschaftssystem verderblich wäre, daß aber die Uebergangszeit von 15 Jahren zu lang sei. Die schwerste Bedingung für Polen sei die Beibehaltung der deutschen Valuta für 15 Jahre. Wenn die Deutschen in den Verhandlungen diesen Termin nicht verringern wollten, so könnten sie sich dazu durch das Steigen der Polenmark gezwungen sehen.

Kundgebung der Eisenbahner und Beamten.

Stuttgart, 26. Okt. Im Vingensbau fand am Mittwoch abend eine große Versammlung, einberufen vom Württ. Eisenbahnerverband, dem Eisenbahnbeamtenverein des gehobenen und mittleren Dienstes, der deutschen Postgewerkschaft, dem Verband der staatlichen Beamten und Hilfsbeamten des unteren Dienstes, angeschlossen dem Gesamtverband deutscher Beamten- und Staatsangestellten-Gewerkschaften, statt, in der die neue Teuerungsaktion der Beamten besprochen wurde. Der zweite Vorsitzende des Bezirksbeamtenrats der Eisenbahngeneraldirektion Stuttgart, Bührer, leitete die Verhandlungen. Verbandssekretär Rödlach wies darauf hin, daß am Freitag in Berlin mit der Regierung über die Teuerung und die Angleichung der Beamtengehälter verhandelt werde. Er begründete die programmatischen Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes im einzelnen, und gab nähere Darlegungen über die Entstehung der Teuerung. Dem württ. Ernährungsministerium und der württ. Regierung machte er den Vorwurf, daß sie der Preistreiberei und dem Wucher freie Bahn ließen und alle Vorstellungen der Beamtenvertreter vergeblich waren. Bei der Kartoffelwirtschaft habe dies sich kürzlich am deutlichsten gezeigt. Von den Forderungen ist besonders hervorzuheben: die Verringerung der Ortsklassen, die gleichmäßige Staffelung der Teuerungszuschläge, die gesetzliche Festlegung der Ortsklasseneinteilung und anderes. Scharfer Protest wurde vom Redner gegen die geplante Einreihung von Stuttgart in Ortsklasse B erhoben, was eine Schädigung des ganzen Landes bedeuten würde. Eisenbahnsekretär Günter wies auf die wirtschaftliche Notlage der Beamten und Staatsarbeiter hin. Es sei traurig, daß die Beamten immer wieder kommen müssen, um das zu erbitten, was der einzelne notwendig zum Leben braucht. Die Aufrufe der landwirtschaftlichen Organisationen, vor Industrie und Handel zu mäßiger Preisbildung seien nur aus der Furcht vor dem hungernden Volk entstanden. Bei verelendeten Massen sei der Radikalismus selbstverständlich. Besonders scharf wandte sich der Redner gegen den Gedanken der Ueberführung der Staatsbetriebe in die Privatwirtschaft. Schon der Gedanke erscheine als Vaterlandsverrat. Das ganze deutsche Volk müsse sich dagegen wenden. Bei der Eisenbahn müsse eine andere Tarifpolitik und eine Reorganisation, gerade auch bei den leitenden Aemtern eingeleitet werden. Der Kampf gegen Wucher, Schieberei und Preistreiberei müsse endlich in Angriff genommen werden. Verbandssekretär Müller zeigte am Haushaltsplan des Reiches mit seiner 50-Milliarden-Unterbilanz die ganze Notlage. Die heutige Republik verdanke ihr Dasein der Beamtenschaft. Auch die neue Teuerungsaktion werde wertlos sein, wenn nicht der Preissteigerung und dem Wucher Einhalt getan werde. Die Regierung habe bisher versagt. Die Schuldigen seien nicht nur beim Bauern, sondern auch in der Stadt (Börsenspekulation) zu suchen. Wenn die Regierung nicht eingreife, müssen es die Beamten, Arbeiter und Angestellten tun. Zum Schlusse wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, die den Landes- und Reichsbehörden weitergeleitet wurde, mit folgendem Wortlaut: „Die Versammlung fordert von den Regierungen des Reichs, des Landes, den Gemeindeverwaltungen und den zuständigen Parlamenten, daß in beschleunigter Weise ausreichende Mittel bereit gestellt werden zur Beseitigung der großen Notlage, die durch die neueste Entwicklung der Teuerung entstanden ist. Da eine weitere Erhöhung der nach Hundertsätzen abgestuften Teuerungszulagen unerträgliche Ungleichheiten zwischen den einzelnen Gehalts- und Lohnempfängern schaffen würde, verlangt die Versammlung eine durchgreifende Umgestaltung der Besoldungsordnungen und Tarifverträge durch eine dem jetzigen Geldwert angepaßte Erhöhung der Grundgehälter und -löhne. Diese sind mehr als zu verdoppeln und die Teuerungszuschläge so aufzubauen, daß eine bedeutende Verbesserung der jetzigen Gesamtbezüge erreicht und für die Beamten und Arbeiter der unteren Besoldungs- und Tarifgruppen eine Mindestaufbesserung erzielt wird, die den Aufwand für die Lebenshaltung sicherstellt. Die Kinderzuschläge für Beamte und Arbeiter müssen gleichgestellt und wesentlich erhöht werden, ebenso die übrigen Einkommensbezüge, Zulagen usw. der Teuerung entsprechend. Da die Neuordnung infolge der gesetzlichen Aenderungen nicht sofort in Kraft gesetzt werden können, fordert die Versammlung für die allernächste Zeit und für die Zeit vor Weihnachten besondere einmalige Zahlungen zur Bestreitung des notwendigsten Bedarfs. Mit aller Entschiedenheit wird die sofortige endgültige gesetzliche Regelung der Ortsklasseneinteilung gefordert und die Einreihung von Groß-Stuttgart in die Ortsklasse A.

Das neue Kabinett.

Berlin, 26. Okt. Das neue Kabinett setzt sich wie folgt zusammen: Reichskanzler und Aeußeres: Dr. **Wirth, Vizekanzler und Schatzminister:** Bauer, **Inneres:** Dr. **Adolf Köster, Wehrminister:** Geßler, **Wirtschaftsminister:** Robert Schmidt, **Ernährungsminister und gleichzeitig vorläufiger Reichsfinanzminister:** Dr. **Hermes, Postminister** Giesberts, **Arbeitsminister:** Brauns, **Verkehrsminister:** Gröner, **Justizminister:** Dr. **Radbruch. Das Wiederaufbauministerium bleibt vorerst unbesetzt.**

Die Reichsregierung zur Oberschlesien-Note.

Berlin, 26. Okt. Auf dem Reichstagsgebäude wehen heute die Fahnen auf Halbmast. Steht doch die Entscheidung der Botschafterkonferenz über Oberschlesien auf der Tagesordnung der mehrfach verschobenen und kurz vor 4 Uhr beginnenden Sitzung, die Präsident Loebe mit einer kurzen Ansprache eröffnete, in der er betonte, er wolle der Entscheidung des Hauses nicht vorgreifen; aber er müsse doch ein Wort sagen, indem er der 220 000 Familien gedenke, die ihre Stimme für uns abgegeben und nun gezwungen, von uns Abschied nehmen müßten. Wir wollen ihnen noch einmal die Hände auf die Schultern legen und ihnen sagen: „Treue um Treue!"

Nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten ergreift Reichskanzler Dr. Wirth das Wort. Er stellt das neue Kabinett vor und führt u. a. aus: Die neue Regierung ist in einer schweren äußeren Lage des Reiches und unter innerpolitischen Schwierigkeiten gebildet worden. Ich spreche den Männern, die ihre Bereitwilligkeit zur Mitarbeit im Kabinett ausgesprochen haben, besonderen Dank aus. Die frühere Regierung hat durch ihre Demission ihre Auffassung bekräftigt, daß sie die Entscheidung über Oberschlesien in der Form, wie sie erfolgt ist, für ein Unrecht ansieht. Durch den Rücktritt ist eine neue politische Lage geschaffen. Im Namen der neuen Regierung erkläre ich, daß auch sie in der Verurteilung der Entscheidung über Oberschlesien in nichts von dem Standpunkte der vorigen Regierung abweicht. Nach dem Vertrage durften nur die Hauptmächte selbst die Entscheidung treffen und nicht der Völkerbund. Nach unserer, dem allgemeinen Rechtsempfinden entsprechenden Auffassung verstößt die Uebertragung der Entscheidung an eine andere Instanz gegen den klaren Wortlaut des Vertrags. (Lebhafte Zustimmung.) Die getroffene Entscheidung muß selbst feststellen, daß die gewählte Linie wichtige wirtschaftliche Interessengebiete zerreißt. Daraus ergibt sich, daß eine solche Grenze nicht gezogen werden durfte, weil sie die deutschen, durch den Vertrag gewährleisteten Rechte verletzt. (Lebhafte Zustimmung.) Die Aufzwingung eines Uebergangsregimes ist eine Maßregel, die gänzlich außerhalb der den Alliierten im Vertrag zugewiesenen Befugnisse liegt. Artikel 92 verpflichtet Deutschland lediglich, mit Polen ergänzende Abkommen zu treffen, nirgends aber bestimmt er, daß der Inhalt eines solchen Abkommens von den Alliierten diktiert werden könne. Die neue Regierung wird keinen Zweifel darüber lassen, daß sie die Entscheidung der Botschafterkonferenz als gegen Vertrag und Recht verstoßend erachtet. Von der Betrachtungsweise ausgehend, daß sie die Hunderttausende deutscher Volksgenossen nicht im Stich lassen darf, und die Verelendung blühender Gebiete soweit wie möglich abzuschwächen gezwungen ist, wird die neue Regierung einen Bevollmächtigten zu den Wirtschaftsverhandlungen ernennen. Es wäre ein schwerer Fehler, der deutschen Bevölkerung und dem Auslande zu verheimlichen, daß alle Berechnungen, die hinsichtlich der Erfüllung der deutschen Reparationsleistungen aufgestellt waren, aufs neue in starke Zweifel gezogen werden müssen. Der Kanzler gibt sodann eine Schilderung dessen, was wir in Oberschlesien an Werten verlieren, legt gegen den hierdurch geschaffenen Zustand feierlichste Verwahrung ein und fährt fort: Lediglich um die in der Note ausgesprochene Drohung und um die der deutschen Bevölkerung des oberschlesischen Industriegebiets sonst bevorstehende Verelendung soweit wie möglich zu vermeiden, sieht sich die deutsche Regierung gezwungen, die in dem Diktat vorgesehenen Delegierten zu ernennen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Müller, Franken (Soz.) stellte in der nun folgenden Besprechung der Regierungserklärung fest, daß der Genfer Spruch dem Völkerbundsgedanken bei uns keinen Dienst erwiesen habe. Der Verlust Oberschlesiens erschüttere die Erfüllungsmöglichkeiten. Der Redner dankt dem Reichskanzler für seine Opferwilligkeit und stellte fest, daß, wenn die Entscheidung gegen den Kanzler ausfalle, die Mehrheit die Pflicht habe, die Regierung zu bilden. — Abg. Pfarrer Ulitzka (Ztr.) erklärte, daß Lloyd George in der oberschlesischen Frage enttäuscht habe. Das diktierte Wirtschaftsabkommen mit Polen enthalte unerhörte Zumutungen für Deutschland. Dieses werde nie den Verlust Oberschlesiens vergessen können. Er verstehe es, wenn die Regierung unter dem Zwang der Lage dennoch einen Kommissar entsende, der jedoch wirklich gleichberechtigt sein müsse. Durch die Entsendung werde der feierliche Protest Deutschlands nicht berührt. — Abg. Hergt (D.N.) bedauert, daß die Leiter der deutschen Politik sich nicht zu einer Abwehr aufschwingen könnten und der Reichstag sich der Situation nicht gewachsen zeige. Er erhebe schärfsten Protest gegen die Annahme des Genfer Diktats und lehne ebenso die Entsendung eines deutschen Delegierten ab. Wir müßten Irredenta treiben, ob wir wollten oder nicht und der Erfüllungsfanatismus müsse verschwinden. Auch der Abg. Dr. Kahl (D.V.P.) lehnte das Genfer Diktat ab, ebenso die Entsendung eines deutschen Dele-

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

gierten, da eine solche Entscheidung als Anerkennung des Diktats ausgelegt werden könne. Abg. Dr. Breitscheid (USP.) beklagt ebenfalls den Verlust Oberschlesiens, stellt aber fest, daß nach Ansicht seiner Partei das formale Recht des Friedensvertrags eine Teilung Oberschlesiens zulasse, daß die Entscheidung darüber aber nicht den wirtschaftlichen und geographischen Verhältnissen des Landes und der Volksabstimmung entspreche. — Nachdem der Präsident Loebe eine Kundgebung des Provinzialausschusses der Provinz Schlesien, die von allen Parteien, von den Deutschnationalen bis zu den Mehrheitssozialisten, unterschrieben ist, und die Ablehnung des Genfer Diktats fordert, bekanntgegeben hatte, verlas Abg. Schücking (Dem.) eine Erklärung seiner Fraktion, worin diese im Interesse Oberschlesiens der Entsendung eines Kommissars zustimmt unter der Voraussetzung, daß sich daraus keine Anerkennung der dem Friedensvertrag widersprechenden Entscheidung ergebe. Da seine Fraktion bei den Verhandlungen zur Regierungsbildung die notwendige Sicherheit nicht habe erlangen können, daß die Regierung an diesem Gedanken festhalte, habe sie sich nicht an der Regierungsbildung beteiligen können und sich nur im Hinblick auf die Art des Wirkungskreises des Reichswehrministers damit einverstanden erklärt, daß dieser dem dringenden Ersuchen des Reichskanzlers auf Weiterführung dieses Ministeriums entsprochen habe. — Der Abg. Emminger (Bayer. V.P.) verlas eine Erklärung seiner Fraktion, die schärfsten Einspruch gegen das Genfer Diktat erhebt und sich gegen die Entsendung eines deutschen Delegierten ausspricht. — Ein gemeinsamer Antrag der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen, der Bayerischen Volkspartei und des Bayerischen Bauernbundes erhebt gegen das Genfer Diktat Einspruch und betont, daß das deutsche Volk niemals diese Gewalt als Recht anerkennen, sondern in der schlesischen Erde stets deutsches Land sehen wird. Nach Bemerkungen der Abg. Heidemann (Komm.) und Dr. Levi (Komm. Arbeitsgemeinschaft) wurde zur namentlichen Abstimmung über den vom Zentrum und der Sozialdemokratie eingebrachten Vertrauensantrag für die Regierung geschritten. Dabei stimmten das Zentrum, die Sozialdemokraten, die Demokraten und die Unabhängigen für den Antrag. Dieser wurde mit 230 gegen 132 Stimmen bei neun Enthaltungen angenommen. Der Antrag Emminger über den ebenfalls namentlich abgestimmt wurde, wurde mit 213 gegen 152 Stimmen bei vier Enthaltungen abgelehnt. (Die Rechte begleitete die Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses mit Zischen und Pfuirufen.) Um 12 Uhr nachts ging die Sitzung zu Ende. Die nächste findet am Donnerstag, den 3. November, nachm. 3 Uhr statt.

Die Berliner Presse zur Kanzlerrede.

Berlin, 27. Okt. Das gestern vom Reichskanzler im Reichstag entwickelte Programm der neuen Regierung findet die Zustimmung der Presse des Zentrums, der Demokraten, der Sozialdemokraten und der Unabhängigen. Die Blätter betonen besonders die selbstlose, männliche Art, mit der Dr. Wirth in schwerem Augenblick mit seiner Person vor die Bresche trat, die durch das Nichtzustandekommen einer neuen Koalition geschaffen war.

Die „Germania" schreibt: Der entschlossene Wurf Dr. Wirths ist gelungen. Eine tatkräftige Regierung konnte sich gestern dem Reichstag vorstellen. Die Rede Dr. Wirths zeichnet sich durch die bestimmte und klare Fassung des deutschen Standpunkts gegenüber dem neuen Ententediktat wegen Oberschlesien aus. Sie zeigt aber auch nicht minder entschlossen den Weg, den Deutschland gehen muß. Die formell koalitionslose Regierung kann sich auf die erdrückende Mehrheit des Volkes wirksam stützen und hat damit den Boden für die Durchführung ihres Programms. — Im „Berliner Tageblatt" heißt es: In der gestrigen Rede des Reichskanzlers ist nichts, was auch die Demokraten und die Deutsche Volkspartei hätten mitmachen können und nichts, was diejenigen ablehnen müßten, denen in der oberschlesischen Frage eine entschiedene Haltung Nichtverzichtens notwendig erscheint. — Die „Vossische Zeitung" hofft mit Bezug auf die Nichtbeteiligung Dr. Rathenaus an der neuen Regierung, daß sein Fehler und die Fehler der demokratischen Fraktion noch gutgemacht werden könne und daß der Posten des Wiederaufbauministers stehe offen für Dr. Rathenau. — Auch der „Vorwärts" erklärt, daß das Wiederaufbauressort für Dr. Rathenau offen bleibe und schreibt: Immerhin will Dr. Rathenau den Ausgang der Pariser Konferenzdebatte abwarten, was wir von ihm als Unterzeichner des Wiesbadener Abkommens durchaus begreifen können. — Die „Freiheit" urteilt über das neue Kabinett, das Gepräge erhalte die Regierung von Dr. Wirth. Die Erklärungen, die er im Reichstag vorgetragen habe, geben der großen Erregung über den Verlust Oberschlesiens starken Ausdruck. Manches, was er sagte, entspricht nicht unserer Auffassung, aber wichtiger als einzelne Wendungen ist für uns die Tat. Dr. Wirth wird den Kampf ernennen und die Verhandlungen mit Polen führen. Entscheidend ist für uns auch das Bestehen der Notwendigkeit, er die Politik der Erfüllung, des Wiederaufbaus und der Beseitigung des Mißtrauens aufs neue proklamiert hat. Mit dieser Politik haben wir unsere Billigung ausgesprochen. Während sich die deutschnationale Presse der neuen Regierung gegenüber wegen ihrer Unterwerfung unter das Ententediktat ablehnend verhält, beschränkt sich die „Deutsche Allgemeine Zeitung" darauf, eine objektive Inhaltsangabe über die gestrige Reichstagssitzung zu geben, ohne irgendwie zu dem Programm der neuen Regierung Stellung zu nehmen.

Versammlung der Gemeindebaumwärter.

Am Freitag 11. November 1921 vormittags 9 Uhr wird im Rathaussaal in **Ottenhausen** unter Leitung des Oberamtsbaumwarts und Mitwirkung des Obstbausachverständigen Oekonomierat Winkelmann eine Versammlung der Gemeindebaumwärter des Bezirks stattfinden, wobei allgemeine Fragen der Obstbaumpflege zur Besprechung kommen werden.

Die **Herren Ortsvorsteher** werden beauftragt, die Gemeindebaumwärter auf diese Versammlung aufmerksam zu machen. Für die Teilnahme sollte ihnen eine entsprechende Vergütung aus der Gemeindekasse gewährt werden.

Neuenbürg, den 26. Okt. 1921. **Oberamt:** Wagner.

Stadtgemeinde Wildbad.

Brennholz-Verkauf.

Am **Samstag, den 29. Oktober 1921, vormittags 9 Uhr**, kommen auf dem Rathaus in Wildbad aus den Abteilungen **Wolfschlucht** und **Blöcherhalde**

625 Rm. Nadelholzprügel

im öffentlichen Aufstreich zum **nochmaligen** Verkauf.

Wildbad, den 22. Oktober 1921.

Stadtpflege.

Infolge weiterer Steigerung aller Unkosten hat unser Verwaltungsrat in seiner letzten Sitzung folgende

Strompreise

festgesetzt und zwar mit Wirkung

vom 1. Oktober ds. Js. ab:

für Licht Mk. 2.60 } für 1 KWSt.
für Kraft Mk. 2.— }

Die Licht- und Kraft-Pauschalen wurden ebenfalls entsprechend erhöht.

Sodann wurden die vom Verband der Elektrizitätswerke Württembergs und Hohenzollerns aufgestellten

neuen Strom-Lieferungs-Bedingungen

auch beim Gemeindeverband eingeführt und sind seit 1. Oktober ds. Js. in Wirksamkeit. Je eine Ausfertigung derselben liegt auf den Rathäusern und bei unseren Ortsagenten zur Einsicht auf.

Die fortgesetzte Steigerung der Materialpreise zwingt uns, zu den

in unserem Installations-Tarif

genannten Preisen

entsprechende Teuerungszuschläge

zu erheben, worauf wir die Interessenten besonders aufmerksam machen.

Station Teinach, den 25. Oktober 1921.

Gemeindeverband Elektrizitätswerk Teinach Station (G. E. T.)

Motor-Reparaturen

Gleich- u. Drehstrom - Neu- u. Umwicklungen

elektr. Kraft- u. Licht-Anlagen

für Industrie und Landwirtschaft

führen aus unter Garantie

Fietz & Fischer, Spezialwerk für Elektromaschinen
Pforzheim, Melanchthonstr. 7
— Telefon 2748 —

konzessioniert beim staatl. Murgkraftwerk, beim Gemeindeverband Teinach, städt. E.W. Pforzheim, Ueberlandzentrale Eutingen u. a. m.

Bezirks-Obst- und Gartenbau-Verein.

Die bestellten **Obstbäume** sind eingetroffen und bei Hrn. Karl Scheerer, Neuenbürg ir Bälde abzuholen.

Vorstand Knodel.

Neuenbürg.
3 fast neue

Herrenüberzieher,

sowie einen

Hochzeitsanzug

billig zu verkaufen.

Karl Finkbeiner, Wildbaderstr. 158.

Piano

nach **Herrenalb** für die Wintermonate bis einschließl. April 1922

zu mieten gesucht.

Gefl. Offerten sind zu richten an **H. Braun,** Villa Ecker, **Herrenalb.**

---

20 bis 25000 Mk.

auf I. Hypothek auszuleihen. Offerten an die „Enztäler"-Geschäftsstelle erbeten.

Sämtl. ehemal. Olga-Dragoner des Bezirks

bitte ich sich zu einer

Besprechung

betreffs Regiments-Fest am **30. ds. Mts., nachm. 2 Uhr,** im **Gasthof z. „Bären"** einzufinden.

Der Einberufer.

Wegen Erkrankung meines jetzigen Mädchens suche ich auf 1. November ein

Zimmermädchen

bei hohem Lohn und guter Behandlung.

Frau **Kahn, Pforzheim,** Westl. Nr. 49a, 2. Stock.

Nach Stuttgart wird für 1. November oder später tüchtige, zuverlässige

Köchin,

die auch etwas Hausarbeit mitübernimmt, bei gutem Lohn gesucht. Auslagen vergütet. Schriftl. Angebote an

Frau **Emil Kübler,** Stuttgart, Hohenzollernstr. 26.

Konto-Büchlein

empfiehlt die

C. Meeh'sche Buchdruckerei.

Unterniebelsbach, den 25. Oktober 1921.

Danksagung.

Für die Beweise treuer Freundschaft und tiefgreifender Verehrung meines unvergeßlichen, entschlafenen Sohnes

Georg Heinrich Roth

im Leben und im Tode bis zum Grabe, unseren innigsten Dank. Dem Herrn Lehrer, dem verehrl. Verein, sowie seinen Kameraden für die vielen Kranz- und Blumenspenden herzlichen Dank.

Wie eine Rose im weichen Moose
Eingewiegt zur Ruh
Schläfst friedlich nun in Frieden
Blütenleben, du.

Die tiefgebeugten Hinterbliebenen:
Gottfried Roth.

Von der Reise zurück!

Dr. Roth,

Spezialarzt für Hals-, Nasen- u. Ohrenkrankheiten,
Pforzheim. 10—1 3—5, Bahnhofplatz 3.

Dickrüben

sowie weiße Rüben zum Einschneiden hat zu verkaufen

Fr. Feiler, Brötzingen.

Evang. Volksbund Neuenbürg

Nächsten Sonntag, abends 8 Uhr, findet im **Gemeindehaus** ein

Familien-Abend

statt, in dessen Mittelpunkt ein **Vortrag** von Pfr. **Schwemmle**-Iptingen über die Frage:

„Hat das Christentum Bankrott gemacht?"

stehen wird.

Alle evang. Gemeindeglieder sind herzlich eingeladen.

Neuenbürg.

Geschäfts-Übergabe u. Empfehlung.

Meiner verehrl. Kundschaft von Stadt und Land teile ich ergebenst mit, daß ich mein

Uhren-, Gold- und Silberwaren-Geschäft und optische Artikel

an Herrn **Eugen Weißhaupt** käuflich abgetreten habe. Indem ich für das mir erwiesene Vertrauen bestens danke, bitte ich dasselbe auch auf meinen Nachfolger übertragen zu wollen.

Franz Kaldenbach, Uhrmacher.

Auf Obiges höflichst bezugnehmend, gestatte ich mir die Mitteilung, daß ich das von Herrn **Franz Kaldenbach** innegehabte **Uhren-, Gold- und Silberwarengeschäft und optische Artikel** käuflich übernommen habe. Ich werde bemüht sein, meine werte Kundschaft aufmerksam und reell zu bedienen und bitte um gütige Unterstützung meines Unternehmens.

Hochachtend

Eugen Weißhaupt, Uhrmacher.

Reparaturen werden prompt und sachgemäß in eigener Werkstätte ausgeführt.

Oberlengenhardt—Oberreichenbach.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

Samstag, den 29. Oktober 1921

stattfindenden

Hochzeits-Feier

in das Gasth. z. „Löwen" in Oberreichenbach

freundlichst einzuladen.

Jakob Rägle, Oberreichenbach. **Friedrike Hamberger,** Oberlengenhardt.

Kirchgang um 12 Uhr in Altburg.

Für Flechten-Kranke!

Kopfflechte, Ring-, Eiter- und Bartflechte, auch veraltete Leiden, heile ich unt. Garantie mit meinem vielbewährten **Flechtenheil** in 8—14 Tagen. Zahlreiche Dankschreiben. Eine Flasche genügt. Preis 25 ℳ.

F. Müller, Heilkundiger, **Bremen,** Große Krauenstr. 23. Sprechst. 9—10 u. 3—4 Uhr.

Wer verkaufen will, muß inserieren